



# Ein transformativer Gesellschaftsvertrag statt grüner Deals!

Viele junge Menschen sind verzweifelt. Seit Dezember 2018 demonstrieren Schüler\*innen in Deutschland friedlich und geduldig jeden Freitag auf der Strasse oder im Internet. Zunächst konzentrierte sich der selbstorganisierte Protest von Fridays for Future auf eine einzige konkrete Forderung: Einhaltung des 1.5-Grad-Erderhitzungsziels. Dieses Ziel wurde im Klimaübereinkommen von Paris vereinbart<sup>1</sup> und gilt als objektiv notwendig<sup>2</sup> – nichts Revolutionäres also, auch wenn es mit starken Emotionen vorgetragen wird.<sup>3</sup>

Aber weder der Protest noch internationale Vereinbarungen oder die Wissenschaft wurden beachtet. Im Verlauf der Monate beobachteten die Jugendlichen, wie beispielsweise die Kohlekommission der deutschen Regierung nur schwache Kompromisse erarbeitete.<sup>4</sup> Der Dieselskandal von VW wurde durch einen Ablasshandel beglichen, und das Kohleausstiegsgesetz von Juli 2020 verschob die Schliessung der verbleibenden Kohlekraftwerke bis ins ferne 2038.

Hinzukam eine wachsende Aufmerksamkeit für sozialpolitische Zusammenhänge, als sich zum Beispiel Gewerkschaften dem Klimastreik im Oktober 2019 anschlossen.<sup>5</sup> Durch die grosse Protestbewegung gegen strukturelle, ethnische Gewalttätigkeit in den USA erweiterten sich die Protestthemen.<sup>6</sup> Es ist anzunehmen, dass sich diese neue Klimabewegung in eine sozialpolitische Bewegung ausweiten wird. Da stellt sich dann wohl die Frage nach der Neugestaltung eines Gesellschaftsvertrages.

Dieser Beitrag thematisiert, ob und wie es zu einer transformativen Wende kommen könnte. Bisweilen bieten extreme Krisensituationen die

Möglichkeit, Gesellschaftspolitik radikal zu erneuern und einen transformativen Gesellschaftsvertrag einzuläuten. Ausgehend von der globalen Situation, die von struktureller Ungleichheit gekennzeichnet ist, untersucht der Beitrag, inwieweit derzeitige Politikansätze wie der Green-Deal-Vorschlag der EU als progressiv ein-

---

## Gabriele Köhler

\*1950, Entwicklungsökonomin, frühere Mitarbeiterin bei den Vereinten Nationen, assoziierte Wissenschaftlerin bei UNRISD und Mit-Vorständin bei WECF. Schwerpunktthema: soziale Sicherheit, zudem arbeitet sie kritisch zur Nachhaltigkeitsagenda, zu Klima- und Gendergerechtigkeit und zu Menschenrechten.



zuschätzen sind oder letztlich im engen Grundkonzept eines neoliberalen und konkurrenzverpflichteten Europas verharren. Mit alternativen Vorschlägen wird versucht, die verschiedenen Gerechtigkeitsansätze – von lokal bis global und vom Klima bis zu den Geschlechterverhältnissen – zu verbinden. Daraus folgt, dass es einen neuen, globalen Gesellschaftsvertrag bräuchte, um den entfesselten Kapitalismus einzuhegen. Ob der sich aushandeln liesse, ist ungewiss.

## **Die globale strukturelle Ungleichheit und ihre Verdeutlichung durch die Covid-19-Pandemie**

Unsere Welt ist von enormer Ungleichheit geprägt. 1.3 Milliarden Menschen leben in absoluter Einkommensarmut, und mindestens 800 Millionen erleiden täglich Hunger als extremste Form von Armut. Jedes Jahr sterben fünf Millionen Kleinkinder an vermeidbaren Erkrankungen, rund 260 Millionen Kinder gehen nicht zur Schule. 300'000 Frauen verlieren jedes Jahr bei der Entbindung eines Kindes ihr Leben. Frauen leisten im globalen Durchschnitt täglich drei Stunden mehr Arbeit als Männer. Davon ist ein erheblicher Teil unbezahlte Sorgearbeit.

70 Prozent der Weltbevölkerung haben keine soziale Deckung wie Kranken- und Arbeitslosenversicherung, Invaliditäts- und Altersrente. Zwei Milliarden Menschen, die im informellen Sektor arbeiten, haben gar keine Arbeitsrechte, weder auf Sicherheitsvorkehrungen am Arbeitsplatz noch auf einen Arbeitsvertrag mit Kündigungsschutz. Im informellen wie auch im formellen Niedriglohnsektor arbeiten überwiegend Frauen und Menschen, die spezifisch oder systematisch ausgegrenzt und diskriminiert werden.<sup>7</sup>

Die Folgen des Klimawandels und des Artensterbens vertiefen diese immense sozioökonomische Ungleichheit. Menschen im Globalen Süden leben in den ökologisch gefährdetsten Situationen, mit immer wiederkehrenden tropischen Stürmen, Dürre- oder Überschwemmungskatastrophen. Viele von ihnen sehen sich deswegen gezwungen, vom Land in städtische Slums zu migrieren. Im Globalen Norden leben benachteiligte Gruppen häufig in den Stadtteilen, wo CO<sub>2</sub>-Ausstoss und NO<sub>2</sub>-Belastung am höchsten sind. Auch unser Planet leidet: Eine Million Tier- und Pflanzenarten sind vom Aussterben bedroht<sup>8</sup>, globale Treibhausgasemissionen haben sich seit 1960 verdreifacht<sup>9</sup>, Extremstürme werden immer häufiger.

Nimmt man Deutschland näher unter die Lupe, zeigen sich ähnliche Dysfunktionalitäten. So haben sich etwa Lohn-, Vermögens- und Bildungsspreizungen auf hohem Niveau verfestigt. 18 Prozent der Bevölkerung lebt mit Armutsrisiko.<sup>10</sup> Bildungschancen sind eingeschränkt,



Fehlernährung weitet sich aus. Der Gender Pay Gap beträgt im Jahre 2018 immer noch 21 Prozent.<sup>11</sup>

Deutschland genießt international aber eine gute Reputation als Klimapionier. Zum einen läuft die Energiewende, und etwa ein Drittel des Stroms kommt in der Tat aus erneuerbaren Energien.<sup>12</sup> Zum anderen begann 2011 der Atomausstieg. Doch in Wirklichkeit stagniert die Klimapolitik. Zwar sind in Deutschland die Treibhausgasemissionen von 1.3 Milliarden Tonnen (1990) auf heute 800 Millionen Tonnen, also um rund 36 Prozent gesunken.<sup>13</sup> Deutschland bewegt sich indessen nicht auf der Zielgeraden, denn die Emissionen müssten laut Klimaschutzgesetz bis 2030 um mindestens 55 Prozent auf rund 500 Millionen Tonnen sinken.<sup>14</sup> Zudem ist der ökologische Fussabdruck Deutschlands, ausgedrückt in CO<sub>2</sub> pro Kopf und Jahr, unannehmbar hoch: Er lag 2018 bei durchschnittlich 11 Tonnen, also deutlich höher als der EU-Durchschnitt von 8.4 Tonnen oder weltweit von etwa 4.8 Tonnen.<sup>15</sup> Anzustreben wäre für Deutschland jedoch bis 2050 eine Tonne pro Kopf und Jahr, um eine Klimaneutralität zu erreichen!<sup>16</sup>

Frauen und Mädchen sind überproportional vom Klimawandel betroffen. In einkommensschwachen Ländern gilt dies sowohl in Bezug auf die Risiken, die von klimawandelbedingten Naturkatastrophen ausgehen<sup>17</sup>, als auch in Hinblick auf ihre Wirtschaftstätigkeit und Sorgearbeit, die sich durch klimabedingte Veränderungen der Natur intensiviert: Der Zeitaufwand erhöht sich, weil der Boden verdorrt, Wasserquellen versiegen, Feuerholz von weiter her zu holen ist. In einkommensreichen Ländern betrifft die Energiearmut mehrheitlich Frauen.<sup>18</sup>

Die Covid-19-Pandemie hat die globalen und nationalen Ungleichheiten nochmals vergrößert. Zum einen beeinträchtigte das Virus die Menschen je nach sozialer Stellung sehr unterschiedlich. Die Pandemie hat in besonderem Masse Minderheiten getroffen. Zudem war das Herunterfahren der Wirtschaftstätigkeit in sozialpolitischer Hinsicht eine Katastrophe für alle, die ungesicherte Arbeitsverträge haben. Der riesige informelle Sektor ist kollabiert; mindestens 1.6 Milliarden Menschen waren bereits Mitte 2020 nicht nur ohne Arbeit, sondern ohne Einkommen, und wurden oft aus ihren Behelfsunterkünften vertrieben. Auch im formellen Sektor haben die Pandemie und die Lockdowns zugeschlagen. Am meisten betroffen ist der Dienstleistungssektor – Menschen, die in der Gesundheit, in der Pflege, im Kleinhandel, in öffentlichen Dienstleistungen wie Transport oder Müllabfuhr arbeiten. Frauen sind »traditionell« für unbezahlte Care-Arbeit in Familie und Haushalt verantwortlich sowie im Niedriglohnbereich und im informellen Sektor überrepräsentiert. Zu beobachten ist in der Covid-19-Hauptphase eine



Retraditionalisierung<sup>19</sup>, eine Rückkehr in die traditionelle Arbeitsteilung. Höhere Arbeitslosigkeit und Einkommensarmut werden die Folgen sein im Globalen Norden. Hunger als die fatalste Form von Einkommensarmut steht für viele im Globalen Süden als neue Pandemie am Horizont.<sup>20</sup>

Dieses Auseinanderklaffen von Anspruch und Wirklichkeit müsste eigentlich verwundern. Auf der normativen Ebene haben seit 1948 alle Menschen ein Recht auf Arbeit und gesichertes Einkommen; zu gewährleisten ist der Zugang zu Gesundheitsversorgung, Bildung und Unterkunft. So wurde es in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte formuliert und 1964 verbindlich vereinbart.<sup>21</sup> Seit 2015 liegt ein ratifiziertes Abkommen über Klimaziele vor und auf UN-Ebene eine Nachhaltigkeitsagenda, seit 2018 gibt es Übereinkommen zu Flucht und Migration. Trotzdem schlug die UN 2019 Alarm, weil keines der 2015 vereinbarten 17 Nachhaltigkeitsziele erreicht würde.<sup>22</sup> Die vergangenen Jahrzehnte waren zudem im Globalen Norden von stetigem BIP-Wachstum gekennzeichnet, mit Ausnahme der grossen Rezession von 2008. Nach der Ideologie des »Trickle down« hätte es also eine Konvergenz und nicht eine Spreizung in den Lebensbedingungen geben müssen.

Weshalb zeigen sich trotzdem krasse Asymmetrien? Die Ungleichverteilung ist nicht zufällig, sondern systemisch. Es gibt mehrere Gründe. Dazu gehören spezifische Machtkonstellationen in der Politik, ein neoliberal entfesselter Kapitalismus und ein Rüstungswettkampf, der Kriege verstetigt. Die Eliten können ihre partikularen Interessen immer wieder durchsetzen. Die Globalisierung hat die Form eines »Race to the bottom« angenommen, in der in globalen Wertschöpfungsketten das jeweils schwächere Land ausgebeutet wird. In einkommensarmen Ländern sind Menschen gezwungen zu migrieren, weil die marginalen Verdienstmöglichkeiten in den Dörfern zerstört wurden oder in den Städten die Löhne erodieren, weil Arbeitsplätze in noch billigere Länder verlegt werden. Menschen müssen vor Kriegen fliehen, weil Warlords keinen Verhandlungslösungen zustimmen wollen und immer wieder Waffen kaufen können.<sup>23</sup> Der heutige Kapitalismus wird ungenügend und in vielen Sektoren in keiner Weise durch einen demokratisch erarbeiteten Gesellschaftsvertrag eingehegt. Nur durch strikte gesetzliche Regulierungen, klare Vereinbarungen und wirksame Umverteilungsmassnahmen lassen sich die Interessen aller Bürger\*innen durchsetzen.

## Wegscheide 2020:

### Politische und ökologische Herausforderungen

Wie viele andere, hat der Soziologe Ulrich Beck auf den »befreienden Moment« von Katastrophen hingewiesen.<sup>24</sup> Nach den beklemmenden



Folgen der Covid-19-Pandemie und der damit verbundenen Lockdowns gab es in der Tat manch unerwartete Kehrtwendung. Zwischen März und Mai 2020 beobachtete man weltweit einen Rückgang der Treibhausgasemissionen, und manche Länder setzten verstärkt auf umweltfreundliche Mobilität durch Fahrräder und öffentlichen Nahverkehr. Auch wuchs die Einsicht, dass die »systemrelevanten« Berufe besser entlohnt werden müssten. Aufgrund des wirtschaftlichen Einbruchs bewilligten Finanzminister und Parlamente riesige Konjunkturpakete und setzten Austerität und Verschuldungsgrenzen unumwunden ausser Kraft. Das waren positive Ansätze.

Eine gewisse Hoffnung erlaubt der ›Green Deal‹ der EU, von der Kommission im Dezember 2019 vorgelegt und im Mai 2020 präzisiert.<sup>25</sup>

In der Tat gibt es im Ansatz einige Prinzipien, die als progressiv eingeordnet werden können:

- Ein ausdrücklicher Bezug auf die UN-Agenda 2030 »Transformation unserer Welt« und ihr Motto »Niemanden zurücklassen«.
- Das Konzept von »just transition« (gerechter Übergang/gerechte Umstrukturierung), womit der Interessenausgleich zwischen grünen und beschäftigungspolitischen Zielen angestrebt werden soll.
- Die Vorgabe einer grünen oder ökologischen Wende mit Netto-Null-Treibhausgas-Emissionen bis zum Jahr 2050, bei schrittweisen Annäherungen 2025 und 2030.
- Die Vorstellung einer Kreislaufwirtschaft und das Verbot von eingebauter Obsoleszenz sowie ein Primat von Reparatur statt Neukauf.
- Der explizite Hinweis auf Energiearmut, die mindestens 50 Millionen Menschen in der EU betrifft.
- Gesundheit wird als zentrales Ziel gesehen.

Um dies alles auszuhandeln, sieht der Deal vor, Bürgerdialoge und Bürgerversammlungen anzuberaumen. Vom Ansatz her also ein ambitionierter und vielversprechender Entwurf. Doch bei näherem Hinsehen fällt auf, dass er im engen Grundkonzept eines neoliberalen Europas verfangen ist. Zum einen bleiben der Wettbewerb und das Wirtschaftswachstum – wenn auch von der Ressourcennutzung abgekoppelt – die zentralen Antriebe des Deals. Von daher passt der Terminus Deal – der ja aus der kapitalistischen Wirtschaftslogik stammt – sehr gut. Zum anderen wird soziale Gerechtigkeit zwar angesprochen, steht jedoch nicht im Vordergrund; Gendergerechtigkeit kommt mit keinem Wort vor, und das trotz all der geschlechterpolitischen Übereinkommen der EU und angesichts der engen Verflechtungen von Sozial-, Wirtschafts- und Klimapolitik mit ihren Auswirkungen auf die Gendergerechtigkeit.<sup>26</sup>



Der Deal-Entwurf ist zwar paneuropäisch gedacht, aber steckt letztlich im Eurozentrismus fest, und das auf zwei Ebenen. Er entwickelt keine Vorgaben, den ökologischen Fussabdruck der EU zurückzufahren. Die EU-Länder verbrauchen das Doppelte der ihnen zustehenden Biokapazität, auf Kosten der Nicht-EU-Länder und auf Kosten der Welt.<sup>27</sup> Dies müsste aber ein zentraler Punkt des Konzepts sein und wird sich nicht nur über Marktmechanismen wie eine CO<sub>2</sub>-Bepreisung einlösen lassen. Damit verschränkt ist der permanente Druck des Klimawandels auf den Globalen Süden. Migrant\*innen und Asylbewerber\*innen kommen im Text nicht vor, es ist nur von Bürger\*innen die Rede. Von daher eigentlich ein Denken wie ›Europa first‹ – nicht so viel anders als die Suprematie-Ansprüche anderer Länder.

Dem Deal fehlt also eine transformative Vision, obwohl er sich ausdrücklich zu einem gerechten Übergang bekennt. Ansätze einer genuinen Transformation durchzusetzen, wird nicht leicht sein. Bereits auf der Ebene der EU-Staaten war es vermutlich für die Kommission schwierig, diesen Entwurf zu präsentieren, der Vorgaben enthält, die den Interessen einiger Mitgliedsländer gegen den Strich gehen.

Die Zivilgesellschaft wird daher neue, starke Allianzen schmieden müssen, um den Deal in eine progressive Richtung zu schieben, nämlich zu einem sozial-, gender- und klimagerechten transformativen Gesellschaftsvertrag.

### Es gäbe Alternativen

Ideen dazu gibt es einige. Sie finden sich zum Beispiel im ›European Green Deal‹, den eine Koalition um DiEM25 (Democracy in Europe 2025) entwickelt hat. Explizit gefordert wird internationale Gerechtigkeit (International Justice), Gerechtigkeit für alle ausgegrenzten Gruppen (Intersectional Justice) und generationenübergreifende Gerechtigkeit (Intergenerational Justice).<sup>28</sup> Die Just-Transition-Bewegung stellt die Verschränkung von menschenwürdiger Arbeit mit dem Klimawandel in den Vordergrund.<sup>29</sup> In diesem Sinne analysiert UNRISD (United Nations Research Institute for Social Development), dass klimapolitische Massnahmen mit einer Politik der Gleichberechtigung zu verknüpfen sind – dazu könne ein bedingtes oder bedingungsloses Grundeinkommen gehören –, und fiskalpolitische Anreize sowie Konjunkturprogramme müssten Klimaschutzauflagen enthalten.<sup>30</sup>

Die feministische Bewegung betont die Zusammenhänge von bezahlter Arbeit, Sorgeökonomie und Würdigung der planetaren Grenzen. Konkret auf Deutschland bezogen, verweist diese Bewegung auf die dringende Notwendigkeit, die Sorgearbeit anzuerkennen, die Angebo-



te von Kindertagesstätten und Ganztagschulen quantitativ und qualitativ zu verbessern, Gehälter spezifisch anzuheben, um den Gender Pay Gap zu schliessen, und Rollenstereotype bezüglich Frauen- beziehungsweise Männerberufe durch Anreize und Bildungsangebote aufzubrechen. Sie fordert ausserdem, dass endlich Gender-Budgeting eingeführt wird, wodurch alle Staatsausgaben auf ihre jeweiligen Auswirkungen auf Frauen und Männer untersucht würden.<sup>31</sup>

Um soziale Gerechtigkeit in den Vordergrund zu rücken, müsste der Green Deal also signifikant erweitert werden. Bezogen auf die Arbeitsmarktpolitik wäre EU-weit ein an Produktivitäts- und Preisniveaus angepasster Mindestlohn einzuführen, abgesichert von einer EU-Arbeitslosigkeitsversicherung.<sup>32</sup> Anzuheben wären die Mindestsätze für Sozialhilfe, was mit Diskussionen zur Ausgestaltung eines Grundeinkommens verbunden werden könnte. Weiter in die Zukunft gedacht, wäre schrittweise eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich einzuführen. Dies hätte viele Vorteile: Es könnte, aus genderpolitischer Sicht, zu einer Umverteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit führen, ferner würde es die Arbeitslosigkeit auffangen, die infolge von Dekarbonisierungsmassnahmen, Digitalisierung und Konjunkturreinbrüchen (inklusive der durch die Pandemie-Lockdowns bedingten) ansteigt, und die Kurzarbeit umwuchten. Und nicht zuletzt würden die Treibhausgasemissionen reduziert.

Globale Gerechtigkeit erfordert die dringende Verabschiedung von Lieferketten-Gesetzen in allen EU-Ländern. Diese würden sicherstellen, dass in globalen Wertschöpfungsketten gerechte Löhne, Rechte auf soziale Sicherung und politische Rechte am Arbeitsplatz, Umweltstandards und Menschenrechte eingehalten werden.<sup>33</sup> Darauf aufbauend, müsste die Verabschiedung eines verbindlichen Übereinkommens von Wirtschaft und Menschenrechten unter der Ägide der UNO folgen. Produzent\*innen in einkommensarmen Ländern sähen sich dann nicht gezwungen zu migrieren, um ihren Lebensunterhalt zu verdienen, und Konsument\*innen in einkommensstarken Schichten und Ländern würden einen fairen Preis für ihre Konsumgüter bezahlen.

Um ansteigende Sozialausgaben zu stemmen und eine Umverteilung einzuläuten, bräuchte es eine EU-weite Steuerreform, zu der die Harmonisierung der Besteuerung und die Bekämpfung von Steuerflucht und Steuervermeidung gehören würden. Und schliesslich müsste die prioritäre Exportorientierung, inklusive der tödlichen Rüstungsexporte, radikal überwunden werden.

Damit solch grundlegende Veränderungen erreicht werden, sind Ideen und Ansätze aus progressiven Bewegungen, kritischen Diskus-



sionszusammenhängen und friedlichen Protesten wie die der Schüler\*innen zentral. Der Gesellschaftsvertrag muss neu und anders ausgehandelt werden. Es wäre erfreulich, wenn die derzeitige Verzweiflung in eine echte Transformation umschlagen könnte, um den ungezügeltten Kapitalismus zu bändigen. Ob sich dies realisieren lässt, ist eine andere Frage. Hoffen wir auf die Jugend!

## Anmerkungen

- 1 UNFCCC (2015): <https://tinyurl.com/y8ocfhxf>.
- 2 IPCC (2019): [www.de-ipcc.de/media/content/SR1.5-SPM\\_de\\_barrierefrei.pdf](http://www.de-ipcc.de/media/content/SR1.5-SPM_de_barrierefrei.pdf).
- 3 Köhler (2019): [www.oekom.de/ausgabe/green-new-deal-80723](http://www.oekom.de/ausgabe/green-new-deal-80723).
- 4 Kempfert (2020): Mondays for Future. Murmann Verlag, Hamburg.
- 5 Köhler (2020): <https://tinyurl.com/yxulm4rx>.
- 6 Ortiz; Burke; Cortes; Saenz (2020): [www.globalissues.org/news/2020/06/10/26504](http://www.globalissues.org/news/2020/06/10/26504).
- 7 UNDP (2020): <https://tinyurl.com/y5sqgybh>.
- 8 IPBES (2019): <https://tinyurl.com/tt32rmd>.
- 9 Statista (2020): <https://tinyurl.com/y3chpzeg>.
- 10 Paritätischer Gesamtverband (2019): <https://tinyurl.com/sw6tdmk>.
- 11 Statistisches Bundesamt (o.J.): <https://tinyurl.com/yxcrfzvw>.
- 12 Halbzeit Energiewende (2019): [www.energiewende.de/urspruenge](http://www.energiewende.de/urspruenge).
- 13 BMU (2020): <https://tinyurl.com/y6bkumtz>.
- 14 Umweltbundesamt (2020): <https://tinyurl.com/y3yj9hg7>.
- 15 Umweltbundesamt (2019): <https://tinyurl.com/y6jcf64a>.  
Siehe auch Statista (2020): <https://tinyurl.com/y3bq5dlp>.
- 16 UBA (2014): <https://tinyurl.com/y3t2tugr>.
- 17 IUCN (o.J.): [www.unisdr.org/files/48152\\_disasterandgenderstatistics.pdf](http://www.unisdr.org/files/48152_disasterandgenderstatistics.pdf).
- 18 EU Directorate General for Internal Policies (2017): <https://tinyurl.com/yynqd63>.
- 19 <https://tinyurl.com/yyug4bhp>.
- 20 WFP (2020): <https://tinyurl.com/y3nczw4c>.
- 21 Vereinte Nationen (o.J.): <https://tinyurl.com/yybu5j6x>.
- 22 Birkenkötter/Köhler/Obenland/Stock (2019): <https://tinyurl.com/y2jhjmqv>.
- 23 SIPRI (2020): [www.sipri.org/sites/default/files/2020-06/yb20\\_summary\\_en\\_v2.pdf](http://www.sipri.org/sites/default/files/2020-06/yb20_summary_en_v2.pdf).
- 24 Beck (2016): The Metamorphosis of the World: How Climate Change is Transforming Our Concept of the World. Polity Press, Cambridge.
- 25 Mitteilung der Kommission (2019): <https://tinyurl.com/y3ym5bs2>.
- 26 Women's Major Group (2020): <https://tinyurl.com/yyul7436>.
- 27 European Environment Agency (2020): <https://tinyurl.com/y3qypgcl>.
- 28 Green New Deal Coalition (2019): <https://tinyurl.com/y7ceugoy>.
- 29 Stevis/Morena/Krause (ed.) (2020): Just Transitions: Social Justice in the Shift Towards a Low-Carbon World. Pluto Press.
- 30 Krause/Kempf (2020): [www.unrisd.org/covid-19-green-just-recovery](http://www.unrisd.org/covid-19-green-just-recovery).
- 31 WECF (2020): <https://tinyurl.com/yyvjvjav>.
- 32 Dullien (2014): <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/10821.pdf>.
- 33 CorA (2020): <https://tinyurl.com/y37dr2z2>.